

**Koalitionsvertrag zwischen den Fraktionen
SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der
Nidderauer Stadtverordnetenversammlung,
in den Ausschüssen und anderen politischen Gremien für die
Wahlperiode von 2016 bis 2021**

Präambel

In der abgelaufenen Wahlperiode 2011-2016 haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vertrauensvoll und erfolgreich zusammen gearbeitet. An erster Stelle ist dabei die Entwicklung der Neuen Mitte/NIDDER FORUM inklusive der Passivhaussiedlung als Modellvorhaben des Landes Hessen, des Familienzentrums sowie der naturnahen Aufweitung des Profils des Landwehrgrabens zu nennen.

In dieser Zeit wurden folgende weitere Ziele erreicht:

Eröffnung des Bestattungswaldes, Prozessschutz in den städtischen Wäldern, Beibehaltung der umfangreichen Kinderbetreuung nach dem „Nidderauer Standard“, Bezug von zertifiziertem Ökostrom, Umstellung auf LED-Leuchten bei der Straßenbeleuchtung und sukzessive in den städtischen Gebäuden, Verabschiedung des Bedarfs- und Entwicklungsplans für die Feuerwehren, Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit (Bauhöfe, Feuerwehr, Finanzwesen, usw.), Eröffnung des Bürgerhofs Ostheim, Einführung eines Gebäudemanagements, Sanierung und Aufwertung des Nidderbades.

Auf diesen Erfolgen gründet die neue Vereinbarung für die kommenden Jahre.

A. Ziele

Finanzen

Die Koalitionspartner stehen für einen soliden Umgang mit den Nidderauer Finanzen. Angestrebt wird, den Haushalt dauerhaft auszugleichen. Bedingung hierfür ist die weitere Optimierung des Mitteleinsatzes sowie der Verfahrensabläufe innerhalb der Verwaltung. Nach der Neuverschuldung im investiven Bereich wegen der Neuen Stadtmitte wollen die Koalitionspartner nun Schuldenabbau betreiben. Notwendige Investitionen in die Zukunft dürfen jedoch nicht unterbleiben. Wir werden ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schuldenabbau und den wichtigen Investitionen einhalten.

Die Zielsetzung, Nidderau zum Mittelzentrum zu erheben und mehr Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu generieren, wird konsequent verfolgt.

Stadtentwicklung

Neue Mitte/NIDDER FORUM

Alle Wohngebäude in der Neuen Stadtmitte haben mindestens Passivhausstandard zu erreichen. Dieses wurde in der Bauleitplanung und durch anderweitige privatrechtliche Verträge so festgeschrieben, dass es für Bauträger und Bauherren verbindlich ist. Der Erfolg dieses Konzepts wird durch die hohe Nachfrage nach den Bauplätzen bestätigt. Wir wollen auch weiterhin dafür sorgen, dass die Neue Mitte möglichst nachhaltig und klimafreundlich gestaltet wird.

Für die Neue Mitte/NIDDER FORUM ist eine gute Erreichbarkeit mit ÖPNV, Fahrrädern und für Fußgänger sicherzustellen. Bei der Überplanung der Konrad-Adenauer-Allee wird dies durch entsprechende Radfahrstreifen und Fußwege berücksichtigt, gleichzeitig soll der Umbau kostengünstig erfolgen. Wir wollen dabei auch zum Altenzentrum AGO eine neue sichere Zufahrt schaffen. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind bei Größe und Umfang der Maßnahmen zu berücksichtigen.

Der neue Stadtplatz soll durch die Gestaltung zum Verweilen einladen und auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten belebt sein. Die Neue Mitte soll ein Treffpunkt sein, die eine mögliche Nutzung für kulturelle Veranstaltungen, Feste, Konzerte und Märkte vorsieht.

Die Planungen der Neuen Mitte wurden durch zahlreiche Bürgerversammlungen begleitet. Dies soll auch bis zum Abschluss der Bebauungen und der Gestaltung des Stadtplatzes so fortgesetzt werden.

Bürgerbeteiligung

Angestrebt ist generell eine noch größere Bürgerbeteiligung, wobei sich beide Partner einig darüber sind, dass diese nicht auf Vorgabe und Druck der Politik erfolgen kann und wird, sondern aus der Bevölkerung selbst gewünscht sein muss (Stichwort sog. Bürgerhaushalt). Die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte der Stadtverordnetenversammlung werden auf ein Mindestmaß beschränkt und an das Ende der jeweiligen Sitzung gelegt.

Der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu Informationen muss sichergestellt sein, damit Demokratie vor Ort funktioniert. Die Möglichkeiten des Internets sind hierfür verstärkt zu nutzen. Wir wollen deshalb – nach Möglichkeit – die Bereitstellung freier WLAN-Netze in Nidderau erreichen.

Entwicklung in Eichen

Auf dem Gelände der Firma Dillmann (Im Wiesengrund) wird der Bau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Eichen erfolgen. Eine anteilige Refinanzierung des Geländeankaufs wird durch den Weiterverkauf der Wohnbauflächen (ca. 4.200 m²) an einen Bauträger erzielt.

Es soll geprüft werden, ob sich im freiwerdenden Feuerwehrgerätehaus ein Lebensmittelmarkt o. ä., im Wesentlichen zur Eigenversorgung der Eichener und Erbstädter Bevölkerung, etablieren kann.

Gemäß den Beschlüssen zum Dorferneuerungsprogramm Eichen wird der Bau eines Bürgerhauses als Anbau an die bestehende Sporthalle in Eichen erfolgen.

Infrastruktur

Wir wollen in allen Stadtteilen aktiv die Entwicklung der Ortskerne begleiten, um evtl. Leerständen entgegenzuwirken. Deshalb wird das in Eichen gestartete Leerstandsmanagement auf ganz Nidderau ausgedehnt. Die Revitalisierung der Ortskerne soll verstärkt werden.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der Bestattungswald das bestehende Angebot an Bestattungsmöglichkeiten ergänzt und bereichert. Bei Bedarf wird die Fläche daher erweitert.

Der Bürgerhof in der Limesstraße im Stadtteil Ostheim ist ein Erfolgsmodell für bürgerschaftliches Engagement. Es dient als Vorbild für ähnliche Projekte in den anderen Stadtteilen. Es wird daher grundsätzlich angestrebt, die Bürger in solche Projekte einzubinden, anstatt allein städtische Investitionen vorzunehmen.

Für die Verwaltung der städtischen Liegenschaften wird das qualifizierte Gebäudemanagement weitergeführt. Eine energieeffiziente Ausgestaltung der städtischen Gebäude führt zu Einsparungen bei den Unterhaltungskosten.

Sozialer Wohnungsbau

Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum für Gering- und Normalverdiener. In Ostheim wird deshalb im Gebiet der Mühlweide ein neues Wohnquartier geschaffen, in dem u.a. neue Sozialwohnungen entstehen sollen. Barrierefreiheit gilt für Sozialwohnungen als Standard. Ansonsten wollen wir - um den Landverbrauch zu reduzieren - keine weiteren großen Neubaugebiete in der Fläche erschließen, sondern Arrondierungen vornehmen, z.B. zwischen der Bebauung in der Allee Mitte und der Umgehungsstraße.

Gewerbe

Das Gewerbegebiet „Bücherweg II“ wird gemeinsam mit der HLG Projektmanagement GmbH erschlossen. Die Vermarktung des Gebietes „Lindenbäumchen“ soll mit der Doblinger Industriebau AG (Dibag) forciert werden. Die Zusammenarbeit mit dem hiesigen Gewerbe soll auf allen Ebenen gepflegt werden. Dazu zählt auch die Gewerbemesse. Die Stadt bleibt Mitglied der Wirtschaftsförderung Main-Kinzig und der Region Frankfurt/Rhein-Main. Sie nutzt die digitalen Medien zur Präsentation von Gewerbeflächen und Wohnangeboten (z.B. Kommunales Immobilienportal).

Brandschutz

Die Qualitätsstandards der Feuerwehren werden über den Bedarfs- und Entwicklungsplan definiert und gefördert.

Sicherheit

Die Koalitionspartner wollen die City-Streife beibehalten, um das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, gerade in den Abendstunden, zu erhöhen.

Soziales

Kinderbetreuung

Die Kooperationspartner sind sich einig, die Nidderauer Standards weiter beizubehalten. Eine überdurchschnittlich gute Kinderbetreuung soll auch weiterhin Aushängeschild der Stadt Nidderau sein. Zur Transparenz der hohen Leistungen und Ausgaben der Stadt in diesem Bereich sollen die Bruttokosten bzw. Gesamtkosten den Bürgerinnen und Bürger wie bisher offen gelegt werden. Es ist Ziel der städtischen Kinder- und Sozialpolitik, den Bildungs- und Erziehungsplan umzusetzen. Die U3-Betreuung erfolgt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Hier sind insbesondere auch Tagesmütter als wichtige Partner anzusehen. Die betreuten Kinder sollen nicht zuletzt auch optimal im Ernährungsbereich betreut werden. Es wird weiterhin eine dezentrale Mittagessenzubereitung unter möglichst großer Verwendung von in zertifiziert biologischer Anbauweise produzierten Nahrungsmitteln angestrebt.

Im Dialog mit den Schulen, dem Main-Kinzig-Kreis und dem Land Hessen ist die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen auszubauen. Das städtische Hortangebot wird fortgeführt. Die Gründung und die Aktivitäten der Betreuungsvereine an den Schulen werden weiterhin unterstützt. Betreuungsvereine, Hortangebot und Nachmittagsbetreuung durch die Grundschulen sollen sich ergänzen. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten einzelner KITAs ist zu prüfen. Zur optimalen Ausnutzung erweiterter Öffnungszeiten ist eine am individuellen Betreuungsbedarf orientierte Verteilung der Kinder auf die verschiedenen städtischen KITAs anzustreben.

Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit

Die Stadt Nidderau hat im Zuge der Flüchtlingshilfe zusätzliche Stellen im Sozialbereich geschaffen. Wir werden die Ausweitung der Stellen in diesem Bereich so lange aufrechterhalten, wie es notwendig ist.

Damit soll auch erreicht werden, dass Programme für Kinder und Jugendliche, die 2015 nicht in gewohntem Maß stattfinden konnten, wieder angeboten werden können.

Die Einführung der Schulsozialarbeit an der Bertha-von-Suttner Schule im Jahr 2009 war eine wichtige und richtige Entscheidung, um Kinder und Jugendliche besser in ihrer Entwicklung, insbesondere bei Gefährdungen, unterstützen zu können. Die Koalitionspartner wollen dieses Projekt mit dem Main-Kinzig Kreis fortsetzen und streben weiterhin eine stärkere Beteiligung des Bundes und des Land Hessens an.

Politische Beteiligung

Es wird angestrebt, Jugendliche besser über die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung zu informieren. Angedacht sind etwa Stadtverordnetenversammlungen in den Räumlichkeiten der Schule. In der Wahlzeit 2016-2021 sollen aber noch weitere Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen geprüft werden.

Willkommenskultur und Ehrenamt

Die Begrüßung von Neubürgern und neuen Erdenbürgern ist Teil einer Willkommenskultur, mit der die Stadt Nidderau sich als Ansprechpartnerin für neu Zugezogene ins Bewusstsein bringen und damit die Integration in die neue Wahlheimat erleichtern möchte.

Für das Thema Flüchtlingshilfe gelten folgende Maximen:

Nidderau ist tolerant und weltoffen. Flüchtlingsquartiere sind bevorzugt in Wohngebieten zu schaffen. Hilfe zur Orientierung und Integration in unserer Gesellschaft wird geleistet, auch in Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe Nidderau u. a. ehrenamtlichen Initiativen.

Das Ehrenamt soll im Rahmen der Anerkennungskultur stets gefördert und öffentlich bestärkt werden.

Gesundheit/Pflege

Die fach- und hausärztliche Versorgung soll in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung sichergestellt werden. Die Pflege und altersgerechte Betreuungsform demenzkranker und behinderter Menschen hat einen hohen Stellenwert. Weitere Angebote zur Betreuung und Pflege älterer und erkrankter Menschen sollen geschaffen werden. Auch das Betreute Wohnen soll mit Partnern der Sozial- und Wohnungswirtschaft ausgebaut werden.

Ökologie

Naturschutz

Nidderau besitzt einen großen Schatz in Form des Stadt- und Bürgerwaldes. Diesen zu schützen, für die Naherholung bereit zu halten und besonders alte Bäume zu erhalten ist ein Anliegen der Koalitionspartner. Deshalb haben wir bereits beschlossen, dass eine Fläche von 8% der Gesamtfläche als Prozessschutzfläche ausgewiesen und damit aus der Bewirtschaftung herausgenommen wird. Nach dem städtischen Wald wollen wir auch im Bürgerwald 8% aus der Bewirtschaftung nehmen und als Prozessschutzflächen ausweisen.

Landwirtschaft

Der Neubau der Umgehung und diverse Baugebiete haben der Landwirtschaft in den letzten 10 Jahren über 80 ha hochwertige Flächen entzogen. Wir wollen die verbliebenen landwirtschaftlichen Nutzflächen für die nachhaltige, regionale und vor allem ökologische Nahrungsmittelproduktion sichern. Im Sinne der regionalen Erzeugung und dem Erhalt der Biodiversität wollen wir die ökologische und nachhaltige Landwirtschaft in Nidderau fördern.

Die Koalitionspartner setzen sich für eine gentechnikfreie Gemarkung Nidderau ein. Bei der Neuverpachtung der städtischen Wiesen- und Ackerflächen sind das Verbot der Einsaat von genmanipulierten Pflanzen (z. B. Gen-Mais) sowie die Untersagung der Verwendung von Glyphosat in den Pachtverträgen zu verankern.

Mono-Maiskulturen sollen nicht weiter ausgedehnt werden, insbesondere in der Nähe des Auenverbundes und von Biotopen.

Wir wollen ein gemeinsames Naturschutzkonzept erarbeiten, in dem Feld-, Wald- und Wasserflächen, sowie Biotopverbund- und Ausgleichsflächen beinhaltet sind.

Energie

Die Koalitionsfraktionen verabreden, dass die Dächer städtischer Gebäude zur Stromerzeugung zur Verfügung gestellt werden. Wir lassen prüfen, ob auch städtische Wohnhäuser genutzt werden können und die Mieter den günstigen Strom vom Dach direkt beziehen können.

Die Stadt Nidderau bezieht weiterhin zertifizierten Ökostrom. Die Ausschreibung ist so zu gestalten, dass dieses Ziel sicher erreicht werden kann.

Der private und städtische Energieverbrauch wird durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz deutlich reduziert. Die Koalitionspartner setzen sich das Ziel, dass am Ende der Wahlperiode rechnerisch 100 % der Menge des privaten und städtischen Nidderauer Stromverbrauches durch verschiedene Produzenten regenerativer Energien auf Nidderauer Gebiet dezentral erzeugt werden. Der aktuelle Bestand (Windkraftanlagen Eichen/Erbstadt, Biogasanlage, Bürgersolaranlagen) findet hierbei Anrechnung.

Windkraftanlagen

Sofern der Teilplan Energie zum RegFNP des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main dies planerisch zulässt, soll der Standort für Windkraftanlagen zwischen Ostheim und Hammersbach genutzt werden. Die Stadt soll sich aktiv um Investoren bemühen. Hier sind solche vorzuziehen, die eine Bürgerbeteiligung bei der Planung und Finanzierung der Anlagen ermöglichen. Der Dialog mit der Gemeinde Hammersbach über die Errichtung der Anlagen ist wieder aufzunehmen.

Einer Repowering der Windkraftanlagen zwischen Erbstadt und Eichen stehen wir offen gegenüber.

Wertstoffsammelstelle/ Müllentsorgung

Entsprechend dem Stadtverordnetenbeschluss planen die Koalitionspartner, eine neue, moderne Wertstoffsammelstelle zu errichten, da die jetzige an ihre Grenzen stößt.

In dieser Wahlperiode wird die Entsorgung der verschiedenen Abfälle im Holsystem neu ausgeschrieben. Dabei sind Ergänzungen und Veränderungen des derzeitigen Entsorgungskonzepts zu prüfen.

Verkehr

Umgehungsstraße B 45/ B 521

Die Koalitionspartner legen Wert auf bestmöglichen Lärmschutz der von der Umgehungsstraße betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Hessen Mobil ist zu entsprechenden Lärmuntersuchungen anzuhalten. Tempolimits sollen helfen, die Lärmbelastung zu verringern und gleichzeitig die Verkehrssicherheit, gerade an den Ab- und Auffahrten, zu erhöhen.

Außerdem wird ein Tempolimit auf den Zufahrtsstraßen angestrebt. Vor allem in der Kilianstädter Straße, dem Rathenauring und dem Freiligrathring sind entsprechende Maßnahmen notwendig. Falls dies nicht durchsetzbar ist, wird zumindest ein Tempolimit von 30 km/h in den Nachtstunden angestrebt. Weiterhin werden wir uns politisch dafür einsetzen, dass diese Straßen sobald als möglich eine neue Fahrbahndecke erhalten um die Geräuschentwicklung so gering wie möglich zu halten.

Die Koalitionspartner setzen sich im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Nidderau für die Begradigung der B 521 bei Eichen ein, um den Unfallschwerpunkt zu entschärfen.

Tempo 30

Trotz flächendeckendem Tempo 30 in den Neben- bzw. Wohnstraßen Nidderaus sind weitere Tempo-30-Zonen auf der Basis von Bundes- und Landesrecht bei Bedarf einzurichten und, wo möglich, Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Der Lärmaktionsplan des Landes Hessen für den Straßenverkehr soll auf klassifizierte Straßen in Nidderau ausgedehnt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Arbeitskreis Nahverkehr der Stadt Nidderau ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Bürgerschaft. Ziele wie eine bessere Taktung zwischen Bussen und Bahn für kürzere Reisezeiten sollen durch Zusammenarbeit mit RMV und Deutscher Bahn erreicht werden. Neue Verbindungen zwischen Nidderau und anderen Kommunen werden geprüft und nach einer Probezeit evaluiert (z.B. die Buslinie Königstein-Karben-Nidderau). Wir streben eine Modernisierung der Niddertalbahn an und wollen den Wochenendverkehr mindestens auf dem jetzigen Stand erhalten.

Die Mobilität innerhalb des Stadtgebiets bleibt ein vorrangiges Ziel für die Planung im ÖPNV. Der Bürgerbus ab 2. Juni 2016 ist ein erster Meilenstein, der die Erreichbarkeit städtischer Einrichtungen und des Einzelhandels aus allen Nidderauer Stadtteilen sicherstellt.

Nach der Erprobung der Linienführung des Bürgerbusses wird das Ergebnis bewertet. Im Rahmen des Bedarfs und der finanziellen Möglichkeiten wird eine dauerhafte Lösung vorgeschlagen.

Radwege

Die Koalitionspartner setzen sich für den weiteren Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ein. Dazu gehört neben Radabstellanlagen zum sicheren Abschließen der Räder auch das Öffnen der Einbahnstraßen für den Radverkehr. Die bestehenden Rad- und Freizeitrouten (Bonifatiusroute, Hohe Straße, Bahnradweg) sollen an das Nidderauer Radwegenetz angeknüpft werden, auch durch die Flurbereinigung in Heldenbergen und Windecken im Rahmen der Ortsumgehung. Ein Radweg nach Erbstadt gilt als vorrangige Aufgabe, außerdem wollen wir in dieser Wahlperiode den Lückenschluss des Radwegs von Eichen nach Ostheim fertigstellen.

Kultur und Sport

Ein breites attraktives kulturelles Angebot soll erhalten bleiben. Dies wird wie bisher durch eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen, dem Kulturbeirat und der Musikschule und deren Förderung angestrebt. Der Kulturverbund mit Schöneck und Altstadt soll aufrechterhalten werden. Die Buchmesse Main-Kinzig in Nidderau, Klassik unter Sternen, das Marktplatzspektakel u. v. m. sind Aushängeschilder Nidderaus, die es zu erhalten gilt.

Das Angebot der Stadtbücherei soll mindestens im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Das Kulturkonzept wird einer Überprüfung unterzogen und evtl. aktualisiert. Wir setzen uns für die Umsetzung des Sportentwicklungsplans ein. Die städtischen Hallen sollen durch eine noch gezieltere Steuerung effektiver genutzt werden. Die Vereine sind wichtige Bausteine im gesellschaftlichen Leben. Daher unterstützen wir sie.

B. Gemeinsames Handeln

1. Die Vereinbarung schreibt die gemeinsam zu erreichenden Ziele fest und regelt die Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung und in den anderen städtischen Gremien.

2. Die Vereinbarung wird mit dem Ziel geschlossen, den Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger nach einer an sozialen, ökologischen und an nachhaltigen Kriterien messbaren, sachgerechten und bürgernahen Politik umzusetzen. Dies wollen wir im Rahmen einer von gegenseitigem Wohlwollen geprägten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit erreichen.

3. Um beiden Koalitionspartnern die Möglichkeit zu geben, gleichberechtigt die oben genannten Ziele durch die städtische Verwaltung umzusetzen, steht Bündnis 90/Die Grünen ein eigener Personalvorschlag zur Besetzung der Position des/der ersten hauptamtlichen Stadtrates/Stadträtin zu. Die SPD wird diesen Vorschlag bei entsprechender Eignung öffentlich und in der Stadtverordnetenversammlung unterstützen.

Das Stellenbesetzungsverfahren wird, wie bislang praktiziert, durch den Haupt- und Finanzausschuss als Wahlvorbereitungsausschuss initiiert.

Um bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2021 eine paritätische Besetzung des hauptamtlichen Magistrats, die auch das Ergebnis der dieser Vereinbarung zu Grunde liegenden Kommunalwahl widerspiegelt, zu gewährleisten, erklären sich die Fraktion und die Partei von Bündnis 90/Die Grünen Nidderau bereit, bei der voraussichtlich im Jahr 2020 stattfindenden Bürgermeisterwahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und stattdessen den SPD Kandidaten öffentlich zu unterstützen.

4. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer der Wahlperiode 2016-2021. Die Vertragspartner verpflichten sich, den vereinbarten Zielen entsprechende realisierbare Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Beide Partner tragen gemeinsam die Verantwortung für das gesamte politische Handeln der Zusammenarbeit.

5. Beide Vertragspartner werden ihre Arbeit laufend und umfassend miteinander abstimmen, um in Verfahrens-, Sach- und Personalfragen einen Konsens zu erzielen und die gemeinsam beschlossenen Programmpunkte in dieser Wahlperiode umzusetzen bzw. wichtige Schritte dazu einzuleiten. Die Vertragspartner treffen sich regelmäßig, wenigstens einmal im Monat, zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss, um gemeinsame Wege und Entscheidungen zu planen, vorzubereiten und Durchführungsschritte abzustimmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Koalitionsausschusses haben das Mandat ihrer Fraktion,

Verhandlungen zu führen und ein abschließendes Ergebnis zu erarbeiten. Die dort gefassten Absprachen sind – ggf. nach Rücksprache – für beide Fraktionen bindend. Einmal im Jahr tagen die Koalitionsfraktionen gemeinsam.

6. In Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung oder in dringenden Fällen, die zwischen den beiden Partnern abgestimmt werden müssen, tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Partners innerhalb von 48 Stunden zusammen. Der Koalitionsausschuss ist paritätisch besetzt und führt in Konfliktfällen einen Konsens herbei. Beide Partner können bei Bedarf externe sach- und fachkundige Beratung zur Herbeiführung von Einigungen beantragen und nutzen.

7. Über die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung und den weiteren städtischen Gremien wird Einvernehmen zwischen den beiden Partnern hergestellt. Anträge und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht. Die Einhaltung dieses Verfahrens ist elementarer Bestandteil dieser Vereinbarung.

8. Die Inhalte und Ziele dieses Koalitionsvertrages werden bei Bedarf fortgeschrieben.

Nidderau, den

Ortsvereinsvorsitzender der SPD

Vorsitzender des Ortsverbandes
von Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzender der SPD Fraktion

Vorsitzende der Fraktion
von Bündnis 90/Die Grünen